

Initiativbericht des Europäischen Parlaments

Europäisches Normungssystem

Stellungnahmen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments mit einer Einleitung von *Sibylle Gabler*, Kommunikationsmanagerin im DIN

Die Europäische Kommission arbeitet an einer Verordnung zur Zukunft der europäischen Normung, die die bestehende Richtlinie über „Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften“ und die Beschlüsse zur „Finanzierung der europäischen Normung“ und über die „Normung auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Telekommunikation“ ersetzen soll.

Die Europäische Kommission hat hierzu von März bis Mai dieses Jahres eine öffentliche Konsultation durchgeführt. Von deutscher Seite aus haben sich Unternehmen, Organisationen, Behörden und Privatpersonen rege an der Konsultation beteiligt. Eine Auswertung ist in den DIN-Mitteilungen 9-2010 (Seite 14 bis 16) erschienen. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation waren auch für das Europäische Parlament eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des „Initiativberichtes zur Zukunft der europäischen Normung“.

Das DIN hatte während der Erarbeitung des Berichtes mit vielen Mitgliedern des Parlaments Kontakt, um diesen die Wirkungsweise des Normungssystems aufzuzeigen, für die Beibehaltung seiner Stärken zu plädieren, Herausforderungen zu identifizieren und Best-Practice-Beispiele anzubieten. Der Berichterstatter im zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), der tschechische Abgeordnete *Edvard Kožušník*, hatte im Frühsommer eine Einladung ins DIN angenommen, um mit normungsaktiven Unternehmern zu sprechen und aus erster Hand deren Interessen kennenzulernen.

Am 21. Oktober 2010 wurde der Initiativbericht zur Zukunft der europäischen Normung im Europäischen Parlament verabschiedet. Mit dem Bericht gibt das Europäische Parlament der

Kommission ein deutliches Signal, wie es zur Überarbeitung des Normungssystems steht.

Der Bericht enthält ein klares Bekenntnis zum nationalen Delegationsprinzip, das seitens der Europäischen Kommission im Frühjahr dieses Jahres in Frage gestellt worden war. Die Hauptthemen sind die „Verbesserung des Zugangs zum Normungsprozess“ und die „Erleichterung des Zugangs zu Normen“. Ein besonderer Schwerpunkt wird in dem Bericht auf die Rolle der „Normung zur Unterstützung von Innovation und nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit in einem globalisierten Umfeld“ gelegt. Der Bericht empfiehlt beispielsweise verstärkte Anstrengungen bei der Einbindung des Themas Normung in die Lehre sowie die Integration der Normung in die europäischen Forschungsrahmenprogramme (weitere Informationen und der Bericht des Parlamentes als Download unter: www.din.de/sc/ess).

Ein Bericht des Europäischen Parlaments spiegelt nicht nur die Arbeit des Berichterstatters wider, sondern wird über Änderungsanträge von Abgeordneten aller Fraktionen mitgestaltet. Von deutscher Seite haben hier unter anderen Dr. *Andreas Schwab* (CDU/CSU) und *Jürgen Creutzmann* (FDP) aktiv mitgewirkt. *Reinhard Bütikofer* (GRÜNE) ist Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) und hat für diesen eine Stellungnahme verfasst, die ebenfalls Teil des Berichts des Europäischen Parlaments ist.

Für die Leser der DIN-Mitteilungen wurden die Abgeordneten gefragt, was sie an der europäischen Normung schätzen und was aus ihrer Sicht verbesserungswürdig ist, für welche Punkte sie sich besonders einsetzen und welche konkreten Vorschläge sie nun von der Europäischen Kommission erwarten.

[Sibylle Gabler]



Reinhard Bütikofer MdEP

ist Sprecher der Europagruppe GRÜNE sowie Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Schatzmeister der GRÜNEN/EFA-Fraktion, Mitglied des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments.

Das europäische Normungssystem steht ohne Zweifel für eine Erfolgsgeschichte. Als eine Säule des europäischen Binnenmarktes leistet es einen bedeutsamen wirtschaftlichen Beitrag, aber auch einen sozialen und ökologischen, soweit diese Aspekte in der Normensetzung berücksichtigt werden. Das System ist mit der Neuen Konzeption auch von Flexibilität geprägt: Normen müssen nicht eins zu eins übernommen werden, Unternehmen können ihre Produkte auch anders entwerfen, solange sie sich an europäische Regelungen halten. Das schafft wettbewerbliche Anreize.

Allerdings wird das Normungssystem kontinuierlich mit neuen Herausforderungen

konfrontiert. Der internationale Wettbewerb verschärft sich, der Vorstoß zu einer nachhaltigen Wirtschaft bringt neue Technologien hervor, denen sich die europäische Normung widmen muss, bevor andere ihr den Rang ablaufen. Immer mehr Technologien und Produkte sind von Interoperabilität geprägt, was eine bessere Vernetzung von Normungsakturen voraussetzt.

Um sich diesen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen, muss das europäische Normungssystem weiterentwickelt werden. Ich habe in meiner Stellungnahme im Industrie-Ausschuss unter anderem Wert darauf gelegt, für den Mittelstand den Zugang zum Normungs-

prozess zu verbessern und die Normung mehr mit der Innovations- und Forschungspolitik zu vernetzen. Ich unterstütze insgesamt die Richtung, die der Bericht des Kollegen *Edvard Kožušník* einschlägt.

Ich habe mich dafür eingesetzt, dass auf europäischer Ebene die Beteiligung von gesellschaftlichen Interessensverbänden ausgebaut wird. Sie sollen bei der formellen Verabschiedung von Normen eine

Stimme bekommen, wenn sie zu deren Ausarbeitung aktiv beigetragen haben. Laut CEN/CENELEC ist die Einbeziehung gesellschaftlicher Aspekte eine Stärke Europäischer Normen und schlägt sich häufig in einem größeren Marktpotenzial nieder. Neue Technologien und Produkte sind immer mehr von Konvergenz geprägt, es bedarf daher einer verbesserten Einbeziehung und auch Koordination mit anderen Normungsorganisationen.

Ich habe auch vorgeschlagen, dass die Kommission die Normung mehr bei ihren Innovations- und Forschungsrahmenprogrammen berücksichtigt. So sollen etwa europäische Gutachter Forschungsprojekte auch nach ihrer Relevanz für die Normung evaluieren.

Um die Erfolgsgeschichte unseres Normungssystems fortzuschreiben, sollte die EU-Kommission die Vorschläge des *Kožušník*-Berichts mit aufnehmen.



Dr. Andreas Schwab, MdEP

gehört der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament an. Er ist Mitglied und Koordinator im Ausschuss Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Wirtschaft und Währung.

Vor dem Hintergrund der geplanten Vorlage eines „Normungspakets“ durch die Europäische Kommission stellt der im Oktober 2010 in Straßburg verabschiedete Initiativbericht des Europäischen Parlaments einen wichtigen Beitrag dar.

Das bestehende System zeichnet sich bereits durch einige positive Elemente aus, die auch im Reformentwurf der EU-Kommission erhalten bleiben sollten. Hierzu gehört beispielsweise das nationale Delegationsprinzip, aber auch der freiwillige Charakter der Normung.

Die EVP hat sich vor allem dafür eingesetzt, dass kleine und mittlere Unternehmen zukünftig effektiver am Normungsprozess teilnehmen. Dies sollte jedoch nicht durch eine Organisation auf europäischer Ebene, sondern durch Beteiligung auf nationaler Ebene erfolgen. Mit

Blick auf die gesellschaftlichen Akteure sind wir der Ansicht, dass eine effektive Beteiligung in den europäischen Normungsorganisationen – allerdings ohne ein Stimmrecht – gewährleistet sein sollte.

Die Kommission sollte nun konkrete Gesetzgebungsvorschläge machen, die zu einer Entbürokratisierung des europäischen Normungssystems sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit auch auf internationaler Ebene führen. Dabei ist es aber wichtig, auf den Stärken des bestehenden Systems aufzubauen und gleichzeitig praxisnahe Lösungen für bislang noch ungelöste Problemfelder vorzuschlagen.



Jürgen Creutzmann, MdEP

gehört der FDP-Gruppe der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa im Europäischen Parlament an. Er ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie Vizevorsitzender der interfraktionellen KMU-Arbeitsgruppe für den Mittelstand.

Das europäische Normungssystem ist weltweit einzigartig und genießt international großes Vertrauen und An-

erkennung. Seinen Erfolg verdankt das bestehende System vor allem seiner privatwirtschaftlichen Organisation sowie den Prinzipien der Freiwilligkeit, der Offenheit und der nationalen Delegation.

Trotz aller Vorzüge birgt das europäische Normungssystem aber auch eine Reihe von Problemen, die in der bevorstehenden Reform gelöst werden sollten. Zum einen ist die Beteiligung gesellschaftlicher Akteure sowie kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in vielen Mitgliedstaaten noch zu gering, was zur Folge hat, dass deren Interessen nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ich habe deshalb Maßnahmen in den Mitgliedstaaten gefordert, die den gesellschaftlichen Akteuren und den KMU den Zugang zum nationalen Normungsprozess erleichtern. Außerdem ist es wichtig, dass die EU und die europäischen Normungsorganisationen durch Ausbildungsmaßnahmen und

finanzielle Hilfen die schwächeren nationalen Normungsorganisationen fördern, die gegenwärtig nicht entsprechend ihrer wirtschaftlichen Struktur an der europäischen Normungstätigkeit mitwirken.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass der Zugang zu Normen den KMU oft verwehrt bleibt. Zum einen ist die Nutzung von Normen für KMU oft mit zu großem Aufwand verbunden, weil ihre besonderen Bedürfnisse nach verständlichen, einfach zu nutzenden Normen bei deren Ausarbeitung nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Zum anderen sollten die Europäischen Normen und ihre kommerziellen Vorteile besser an KMU kommuniziert werden, zum Beispiel durch benutzerfreundliche Leitlinien für ihre Verwendung, kostenlose Zusammenfassungen im Internet und einen besseren Online-Zugang zu Konsultationsentwürfen.